



## MEDIENMITTEILUNG

### **Gegen den ideologisch motivierten Angriff auf das private Eigentum**

**Zürich, 21. Juni 2018 – Die Initiative «für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» würde einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit darstellen. Sie öffnet Tür und Tor für weitere ideologisch motivierte Beschränkungen auf andere Branchen. Und sie strebt die ungerechtfertigte Ächtung einer ganzen Branche an. Deshalb ist die Initiative abzulehnen.**

Mit der Initiative «für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» soll der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von sogenannten «Kriegsmaterialproduzenten» untersagt werden. Davon betroffen sind beispielsweise auch Technologie-Konzerne wie Airbus oder Boeing.

#### **Deshalb ist die Initiative abzulehnen**

Mit der Annahme der Initiative wird der Handlungsspielraum für schweizerische institutionelle Anleger beschnitten und die Aufnahme von Fremdkapital für einen gut verankerten Schweizer Industriezweig mit zahlreichen Unternehmen angegriffen. Zudem trifft sie – entgegen den Beteuerungen der Initianten – auch die einheimischen Wehrtechnik-Unternehmen. Die Initiative bricht mit geltenden Grundregeln: Beim PK-Vermögen handelt es sich um private Gelder und nicht um staatliches Eigentum. Sie werden durch Arbeitgeber und -nehmer gemeinsam verwaltet. Das geforderte präzedenzlose Anlageverbot ist ein ideologisch motivierter Angriff auf das private Eigentum und stellt einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar, der sowohl den Schweizer Finanz- wie den Schweizer Werkplatz treffen würde.

Zudem ist absehbar, dass die Initiative ein Präjudiz in der Anlagefreiheit schaffen würde, die ohne Zweifel weitere ideologisch motivierte Ideen und Forderungen nach sich ziehen würde: Tür und Tor wären geöffnet, Anlageverbote auf andere Bereiche auszudehnen. Bereits heute schliesst die Schweizerische Nationalbank in ihren Investitionen international geächtete Rüstungsgüter kategorisch aus. Zahlreiche Pensionskassen setzen auf verantwortungsvolle Investitionen, bei denen sie Produzenten von geächteten Waffen bei ihren Anlegestrategien nicht berücksichtigen.

#### **Legitimation der Wehrtechnik-Industrie**

Die Initiative strebt die ungerechtfertigte Ächtung einer ganzen Branche an. Die Wehrtechnik-Industrie ist völkerrechtlich legitimiert und in der Schweiz sicherheitspolitisch unabdingbar. Die Schweizer Wehrtechnik-Unternehmen befolgen die massgebenden internationalen Konventionen und die Schweizer Gesetzgebung. Insbesondere tragen sie die strenge Schweizer Export-Praxis mit.

Jeder Staat besitzt das naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, wie es u.a. in Art. 51 der UN-Charta betont wird. Zur Durchsetzung dieses Rechts benötigt jeder Staat entsprechend ausgerüsteten Streit- und Ordnungskräfte, damit hat jeder Staat das Recht auf einen verhältnismässigen Zugang zu entsprechender Wehrtechnik. Artikel 1 des Kriegsmaterialgesetzes hält fest, dass im Rahmen der Exportkontrolle eine an die Bedürfnisse der Schweizer Sicherheitspolitik angepasste industrielle-wehrtechnische Kapazität aufrechterhalten werden soll.

**Für weitere Informationen:**

Arbeitskreis Sicherheit und  
Wehrtechnik  
Postfach 2407  
8021 Zürich 1  
E-Mail: [mail@asuw.ch](mailto:mail@asuw.ch)

Nationalrätin  
Corina Eichenberger  
Co-Präsidentin  
Tel. 079 330 40 49

Ständerat  
Isidor Baumann  
Co-Präsident  
Tel. 079 388 39 33

Nationalrat  
Jean-François Rime  
Co-Präsident  
Tel. 079 230 24 03

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) ist eine Interessengruppe für die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie. Ihm gehören rund siebzig Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an. Der asuw setzt sich für gesetzgeberische und politische Rahmenbedingungen ein, welche der Industrie eine wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen. Dazu gehört insbesondere ein Exportregime, das sich an den Regeln und der Praxis der europäischen Partnerstaaten orientiert.